

# Abstimmungsmacht, politische Distanzen und Abstimmungscoalitionen zwischen den Fraktionen im Europäischen Parlament\*

Hans Rattinger

Universität Bamberg, Lehrstuhl für Politikwissenschaft II  
Gundelsheimer Str. 22, D-8600 Bamberg

**Zusammenfassung:** Nach der Direktwahl des Europäischen Parlaments wird eine Erweiterung seiner Kompetenzen verlangt. Damit würde die politische Bedeutung der Kräfteverhältnisse zwischen seinen Fraktionen zunehmen. Zur Untersuchung ihrer Abstimmungsgewichte wird die spieltheoretische Machtverteilungsanalyse verwendet, die aber modifiziert werden muß, um die politischen Affinitäten zwischen den Parlamentsfraktionen berücksichtigen zu können. Eine Umfrage unter den Abgeordneten des Europäischen Parlaments erlaubt es, die Verteilung von Abstimmungsmacht zwischen den Fraktionen realitätsnah zu bewerten, die Strukturen des Parlaments räumlich darzustellen und Prognosen für zukünftige politische Bündnisse zwischen seinen Fraktionen abzuleiten.

## 1. Einleitung

Im Juni 1979 wurden die 410 Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum ersten Mal direkt gewählt. Nach 22 Jahren und mehreren gescheiterten Anläufen (Bangemann/Bieber 1979: Kap. 2) war der Auftrag des Artikels 138 (3) des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom März 1957 endlich weitgehend erfüllt. Die Direktwahl wurde als ein Meilenstein der europäischen Integration begrüßt und verhalf dem Europäischen Parlament zu verstärkter Beachtung in Öffentlichkeit und Wissenschaft<sup>1</sup>.

An die Errungenschaft der Direktwahl des Europäischen Parlaments, dessen früher 198 Abgeordnete von den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten entsandt worden waren, sind große Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der stagnierenden europäischen Einigung geknüpft (Coombes 1979). Sie gelten vor allem drei Bereichen, nämlich dem Verhältnis zwischen europäischen Institutionen und europäischer Öffentlichkeit, der Reform der Beziehungen zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen und schließlich der allmählichen Umgestaltung des politischen Prozesses im Europäischen Parlament selbst.

Die Legitimierung europäischer Politik erfolgte in der Vergangenheit mehrstufig und ausschließ-

lich indirekt. Konferenzen der nationalen Exekutiven trafen bindende Entscheidungen für die Gemeinschaft und beriefen eine supranationale Exekutive zu ihrer Durchführung. Über Anhörungs- und Kontrollrechte wurden im früheren Europäischen Parlament Abgeordnete der nationalen Parlamente am Entscheidungsprozeß beteiligt. Die Legitimierung europäischer Politik geschah letzten Endes über nationale Wahlen und anschließende nationale Regierungsbildungen, also über Vorgänge, für die europäische Fragen keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Direktwahl hat allein dem Europäischen Parlament eine unmittelbare Legitimationsbasis im Hinblick auf Entscheidungen für die Gemeinschaft gebracht, was ihm den Anspruch auf Ausweitung seiner Befugnisse erlaubt. Für die Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind die Abgeordneten des neuen Europäischen Parlaments die einzigen Mandatsträger, die sie selbst ausdrücklich mit europäischen Problemen betrauen konnten. Neben der Verminderung des vielfach beklagten Legitimationsdefizits erfüllt die Direktwahl somit eine wichtige Integrationsfunktion, indem sie die Bürger unmittelbar in europäische Belange einbezieht und einen Kristallisationspunkt für ihr Zusammengehörigkeitsgefühl bietet.

Trotz zahlreicher Initiativen zu einer Erweiterung seiner Kompetenzen ist das Europäische Parlament eine vorwiegend beratende Versammlung geblieben. Seine eigenständigen Entscheidungsspielräume sind vergleichsweise bescheiden. Entscheidungen trifft der Europäische Rat; Hüter der Verträge, Initiator und Verwalter der Gemeinschaftspolitik ist die Kommission (Sasse 1975). Über die sinnvolle Reihenfolge von Kom-

\* Diese Arbeit wurde ermöglicht durch eine Sachbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

<sup>1</sup> Vgl. etwa die Beiträge im *European Journal of Political Research* 8 (1980) 1.

petenzerweiterung und Direktwahl des Europäischen Parlaments wurde immer wieder diskutiert (Herman/Lodge 1978), die Entwicklung hat dies nun gegenstandslos werden lassen. Das durch unmittelbare Legitimation gestärkte und selbstbewußter gewordene Parlament kann und muß die zukünftige Erweiterung seiner Zuständigkeiten gegenüber den anderen Gemeinschaftsorganen selbst verfechten. Die Richtung dieser Bemühungen liegt auf der Hand: Die wichtigsten Desiderata des Parlaments sind erweiterte Rechte im Gesetzgebungsverfahren und bei der Haushaltskontrolle und verstärkter Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der Kommission (Pöhle 1979).

Die dritte durch die Direktwahl näher gerückte Entwicklung des Europäischen Parlaments hängt eng zusammen mit der Durchsetzung einer gewissen Kompetenzausweitung. Solange das Europäische Parlament vorwiegend auf eine beratende Funktion festgelegt ist, fehlt ihm ein wesentlicher Zug anderer Parlamente, nämlich der fortwährende Zwang, verbindliche Empfehlungen und Entscheidungen oder gar die für die langfristige Absicherung politischer Positionen erforderliche mehrheitliche Unterstützung hervorbringen. Eine Kompetenzausweitung des Europäischen Parlaments ohne einen Anstieg der Bedeutung derartiger parlamentarischer Verhaltensweisen ist schlecht denkbar. Die schrittweise Angleichung des Europäischen Parlaments an „normale“ parlamentarische Muster im Verlauf der Vermehrung seiner Kompetenzen könnte man unter zwei Aspekten begrüßen: Zum einen reflektierte sie natürlich die Demokratisierung der Politik der Europäischen Gemeinschaften, zum anderen stiege sicher das Verständnis der Wähler für ihr Parlament, da sie aus ihrem nationalen Kontext vertraute politische Prozesse wiedererkennen könnten. Weil von verbreiteter Kenntnis der gegenwärtigen Verhältnisse zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen bestimmt nicht ausgegangen werden kann, ist diese „Parlamentarisierung“ auch erforderlich, um bei einer zweiten oder dritten Direktwahl Entfremdung zwischen Parlament und europäischen Wählern zu vermeiden.

Daß viele Parteien in der Gemeinschaft dieses Problem verstanden haben, zeigte die Gründung europäischer Parteien im Vorfeld der Direktwahl: der Europäischen Liberalen Demokraten,

der Europäischen Volkspartei und des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien (Stammen 1977; Gresch 1978). Ihre transnationale Abstimmung von Wahlprogrammen und die Ausrichtung ihrer Wahlkämpfe an den Vorhaben der gemeinsamen Parlamentsfraktionen sollten den Wählern verdeutlichen, daß es bei der Wahl vor allem um die Stärkung bestimmter politischer Positionen im Rahmen der europäischen Gemeinschaften gehen werde. Diese dem Verständnis nationaler Parlamente entlehnte Interpretation der Direktwahl wurde natürlich durch die Fraktionslandschaft im Europäischen Parlament erleichtert, in dem sich die aus den nationalen politischen Systemen bekannten Gruppierungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, bürgerlich-christlichen und liberalen Parteien wiederfinden. Da eine quantitative Analyse der Kräfteverhältnisse zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments nach der Direktwahl das Anliegen dieses Beitrages ist, sollen sie im folgenden ganz kurz vorgestellt werden.

Entgegen manchen Befürchtungen trat nach der Direktwahl praktisch keine Veränderung der Fraktionslandschaft ein. Die sechs früheren Fraktionen konstituierten sich nahezu unverändert wieder. Am stärksten ist die sozialistische Fraktion, die mit 113 Abgeordneten alle 9 Gemeinschaftsländer umfaßt. Deutsche, französische und britische Sozialdemokraten stellen zwei Drittel der Fraktion (s. Tabelle 1). Es folgt die Fraktion der Europäischen Volkspartei, die sich aus allen Ländern mit Ausnahme Großbritanniens und Dänemarks rekrutiert und zu zwei Dritteln aus deutschen und italienischen Christdemokraten besteht. Die Fraktion der Europäischen Demokraten besteht mit immerhin 64 Mandaten fast nur aus britischen Konservativen. Kommunisten kommen nur aus Dänemark, Frankreich und Italien. Trotz ihrer nur 40 Sitze – davon allein 17 Franzosen – enthält die liberale Fraktion Vertretungen aus allen Mitgliedsstaaten außer Großbritannien. Die Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt schließlich ist im Wesentlichen eine Verbindung der französischen Gaullisten mit der irischen Fianna Fail. Neben diesen sechs Fraktionen hatte das Europäische Parlament nach der Direktwahl zunächst 20 fraktionslose Abgeordnete. 11 von ihnen konstituierten sich später als „Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeord-

neten“, vor allem, um nicht als einzelne Abgeordnete von laut Geschäftsordnung den Fraktionen zustehenden Rechten ausgeschlossen zu bleiben.

Gegen die hier beabsichtigte Untersuchung der Verteilung von Abstimmungsmacht zwischen den Parlamentsfraktionen könnte eingewandt werden, daß entgegen der Darstellung im Wahlkampf die Fraktionen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Man könnte argumentieren, die Abgrenzung und Profilierung der Fraktionen gegeneinander sei aufgrund der peripheren Lage des Europäischen Parlaments in den Europäischen Gemeinschaften weniger bedeutend als der Zwang, mit einer Stimme als Motor der Integration aufzutreten. Tatsächlich jedoch ist diese Einigkeit keineswegs vorhanden, vielmehr stellt die Befürwortung bzw. Ablehnung weiterer europäischer Integration selbst eine wichtige Dimension der Auseinandersetzung zwischen den (und zum Teil auch innerhalb der) Parlamentsfraktionen dar.

Ein zweiter Einwand könnte lauten, daß im Europäischen Parlament keine stabile Konfrontation zwischen Mehrheit und Minderheit vorzufinden sei, weil es keine Regierung zu wählen und bei jeder Abstimmung im Amt zu halten habe. Dieses Argument *unterstreicht* jedoch allenfalls die Relevanz der nachfolgenden Machtverteilungsanalyse. In nationalen Parlamenten steht in der Regel die Machtverteilung zwischen Fraktionen nach der Regierungsbildung fest. Im Europäischen Parlament müssen sich von Fall zu Fall neue ad hoc-Mehrheiten zusammenfinden, solange nicht eine Neudefinition der Kompetenzverteilung zwischen den Gemeinschaftsorganen eine permanentere Abstimmungsmehrheit erfordert. Gerade weil praktisch jede einzelne Abstimmung eine Art erneuter Koalitionsbildung darstellt, ist die spieltheoretische Machtverteilungsanalyse ein geeignetes Instrument, um den längerfristig über viele Entscheidungen hinweg zu erwartenden Einfluß der Fraktionen auf die Ergebnisse des politischen Prozesses im Europäischen Parlament zu bestimmen. Dabei wird natürlich vorausgesetzt, daß vorwiegend nach Fraktionen und nicht nach nationalen Repräsentationen abgestimmt wird; dies war jedoch auch schon vor der Direktwahl die Regel (Gresch 1978).

Für die Untersuchung der sich aus der Fraktionslandschaft ergebenden Machtverhältnisse spricht auch die Erwartung, daß die Bedeutung der Parlamentsfraktionen weiter zunehmen wird. Durch die Direktwahl werden die europäischen Parteienbünde und die Fraktionen, deren Zusammensetzung sich früher nach jeder nationalen Wahl veränderte, zur Orientierung am nächsten Wahltermin gezwungen. Um die eigenen parlamentarischen Gestaltungsmöglichkeiten zu verbessern, ist es notwendig, bei der nächsten Wahl gut abzuschneiden. Den eigenen Einfluß auf die Parlamentsarbeit und auf konkrete Beschlüsse möglichst sichtbar zu machen, ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Die Gelegenheiten zu dieser Art der Profilierung vor den europäischen Wählern werden mit einer Kompetenzerweiterung des Parlaments immer häufiger werden. All diese Überlegungen sprechen dafür, die Sitzverteilung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments nicht als zweitrangig anzusehen, sondern ihr im Hinblick auf die inhaltlichen Ergebnisse der Parlamentsarbeit große und in Zukunft noch steigende Bedeutung zuzumessen.

Dieser Beurteilung entsprang auch eine frühere Studie zur Machtverteilung im Europäischen Parlament (Rattinger/Elicker 1979), an die mit diesem Beitrag angeknüpft wird. Der wichtigste Einwand gegen die damalige Arbeit läßt sich knapp zusammenfassen. Unsere Anwendung von spieltheoretischen Machtindizes auf die Fraktionsstärken im Europäischen Parlament ging zwar über den Stand der Literatur hinaus. Der konventionelle Ansatz (Shapley/Shubik 1954) besteht darin, für jede Fraktion denjenigen Anteil aller logisch möglichen Abstimmungsreihenfolgen (Permutationen) zu ermitteln, in denen sie für die Bildung einer (absoluten) Abstimmungsmehrheit entscheidend ist. Dabei wird unterstellt, daß jede rechnerisch *mögliche* Abstimmungsreihenfolge – oder Mehrheitskoalition – gleich *wahrscheinlich* ist. Diese unrealistische Annahme umgingen wir dadurch, daß nur solche Mehrheitskoalitionen in die Berechnungen einbezogen wurden, die aus – auf einem gedachten ideologischen Kontinuum – benachbarten Fraktionen bestehen, die also in der Terminologie Axelrods (1970) „minimum connected winning coalitions“ sind. Unsere Analyse steht und fällt mit der Annahme, daß die Fraktionen des Europäischen Parlaments sich

eindeutig auf einem linearen ideologischen Kontinuum anordnen lassen.

Diese Annahme zu kritisieren ist einfacher, als sie durch realitätsgerechtere Prämissen zu ersetzen. Wenn ideologische Eindimensionalität die politische Struktur der Fraktionslandschaft im Europäischen Parlament nicht adäquat erfaßt, dann muß man zur mehrdimensionalen oder räumlichen Analyse übergehen. Diese Konsequenz ist nicht ohne weiteres einlösbar. Zum einen scheint es wenig sinnvoll, die Annahme der ideologischen Eindimensionalität durch irgendwelche anderen *Annahmen* über zwei- oder mehrdimensionale politische Strukturen im Europäischen Parlament abzulösen. Statt dessen wird man *empirische Erhebungen* der politischen Affinitäten zwischen den Fraktionen anstreben, aus denen man dann eine räumliche Repräsentation der politischen Struktur ableiten und die Frage nach ihrer Dimensionalität beantworten kann. Zum zweiten sind die konventionellen spieltheoretischen Machtdizes und Computerprogramme zu ihrer Berechnung für diesen Fall der Gewichtung von Abstimmungsreihen durch politische Affinitäten oder Distanzen zwischen ihren Teilnehmern nicht ausgelegt. Aus der Ablehnung der Annahme eines linearen ideologischen Kontinuums die Konsequenzen zu ziehen, bedeutet also sowohl, politische Distanzen zwischen den Fraktionen empirisch zu erfassen, als auch die Indizes zur Messung von Abstimmungsmacht und die Programme zu ihrer Berechnung für die Aufnahme solcher Meßwerte einzurichten.

Im vorliegenden Aufsatz wird versucht, über Fortschritte bei der Bewältigung *beider* Aufgaben zu berichten. Seine Fragestellung ist aber vorrangig inhaltlich, so daß Berechnungsverfahren nur am Rande interessieren. Inhaltlich geht es um folgendes Problem: Wenn es zutrifft, daß im Europäischen Parlament nicht jede rechnerisch mögliche Abstimmungsmehrheit politisch gleich wahrscheinlich ist, wenn ferner zutrifft, daß die Plausibilität verschiedener rechnerisch möglicher Abstimmungsmehrheiten durch ein eindimensionales politisches Kontinuum nicht erfaßt werden kann, wie ist dann der Übergang zu einer mehrdimensionalen empirischen Analyse der Verteilung von Abstimmungsmacht im Europäischen Parlament zu bewerkstelligen? Welche Möglichkeiten für die

Gewichtung verschiedener rechnerisch möglicher Abstimmungscoalitionen nach der Wahrscheinlichkeit ihres Zustandekommens bieten sich an? Welche Konsequenzen für die Beschreibung der Machtverteilung ergeben sich daraus? Diese Probleme werden in den folgenden Schritten bearbeitet:

Zunächst wird eine auf den beschriebenen Zweck zugeschnittene Weiterentwicklung des spieltheoretischen Kalküls zur Messung von Abstimmungsmacht skizziert. Im Anschluß soll über eine Umfrage unter den Abgeordneten des Europäischen Parlaments berichtet werden, aus der die empirischen Daten über die gegenseitige Akzeptierung bzw. Zurückweisung seiner Fraktionen als Kooperationspartner stammen. Danach wird der weiterentwickelte Kalkül auf diese Daten angewandt und es wird untersucht, welches Bild von der politischen Struktur des Europäischen Parlaments sich aus dem empirischen Material ergibt. Abschließend wird noch der Frage nachgegangen, welche mehr oder weniger permanenten politischen Bündnisse im Europäischen Parlament auf Grund dieser strukturellen Gegebenheiten für die Zukunft als besonders wahrscheinlich gelten können.

## 2. Zur Messung von Abstimmungsmacht

Zum „klassischen“ Index von Shapley und Shubik (1954) für die Messung von Abstimmungsmacht in Legislativkörperschaften sind gute Darstellungen verfügbar (z.B. Riker/Ordeshook 1973). Seine hier verwandten Erweiterungen und Verallgemeinerungen sind anderwärts ausführlich erläutert (Rattinger 1982), so daß im folgenden nur kommentierte Definitionen im Hinblick auf die anschließende Anwendung vorgestellt werden.

Wenn bei einer Abstimmung die Stimmen aller  $K$  Fraktionen geschlossen und nacheinander abgegeben werden, dann gibt es  $P_K = K!$  mögliche Abstimmungsreihenfolgen. Bei sieben Fraktionen im Europäischen Parlament sind das  $7! = 5040$  Abstimmungsreihenfolgen. Wenn ferner die Stimmen einer jeden Fraktion einheitlich und gleichgerichtet mit den Stimmen der zuvor abstimmenden Fraktionen abgegeben werden, dann kann man für jede der  $P_K$  Reihenfolgen diejenige Fraktion ermitteln, die durch

Hinzufügung ihrer Stimmen eine absolute Abstimmungsmehrheit herbeiführt.  $T_i$  sei für jede Fraktion  $i$  die Zahl der Abstimmungsreihenfolgen, in denen sie diese Schlüsselstellung einnimmt. Die Summe der Werte  $T_i$  für alle  $i$  ist natürlich  $P_K$ . Der Machtindex  $S_i$  nach Shapley ist definiert als  $T_i$  dividiert durch  $P_K$ , die Summe aller  $S_i$  beträgt eins. Inhaltlich kann dieser Index interpretiert werden als die Wahrscheinlichkeit, daß die Fraktion  $i$  bei einer beliebigen Abstimmungsreihenfolge für die Etablierung einer minimalen Abstimmungsmehrheit entscheidend ist.

Um die Annahme auszuschalten, daß alle rechnerisch möglichen Koalitionen gleich wahrscheinlich sind, gehen wir von der Existenz eines eindimensionalen ordinalen politischen Raumes aus. Das naheliegendste Beispiel ist eine ideologische links-rechts-Dimension. Aus auf diesem Kontinuum nebeneinanderliegenden Fraktionen bestehende *minimale Bündnisse* heißen „minimale *verbundene* Gewinnkoalitionen“ (Axelrod 1970). Wenn *nur* solche Gewinnkoalitionen gebildet werden, dann müssen wir für jede Fraktion  $i$  diejenigen  $TA_i$  minimalen Abstimmungscoalitionen ermitteln, die durch Hinzutreten von  $i$  zustandekommen und „verbunden“ sind. Dividiert man  $TA_i$  durch die Summe aller  $TA_i$ , dann erhält man einen modifizierten Machtindex  $SA_i$ , der für Fraktion  $i$  den Anteil aller minimalen verbundenen Gewinnkoalitionen angibt, für die sie die beschriebene Schlüsselrolle spielt.

Erscheint die Annahme eines eindimensionalen politischen Raumes fragwürdig, müssen wir nach andersartigen Messungen von Abstimmungsmacht Ausschau halten. Es sei für je zwei Fraktionen  $i$  und  $j$  Information darüber gegeben, ob  $i$   $j$  als Partner in Koalitionen oder bei gemeinsamen Abstimmungen akzeptiert oder nicht. Diese Information läßt sich als binäre Matrix  $V$  mit  $K$  Zeilen und Spalten darstellen, wobei  $v_{ij} = 1$  genau dann, wenn  $i$  eine Partnerschaft mit  $j$  für akzeptabel hält. Andernfalls sind die Einträge der Matrix Nullen, die Einträge auf der Hauptdiagonalen sind trivialerweise Einsen. Ist derartige Information verfügbar, kann eine rechnerisch mögliche minimale Abstimmungsmehrheit nur zustandekommen, wenn ihr eine Untermatrix von  $V$  entspricht, die ausschließlich Einsen enthält. Für jede Fraktion  $i$  sei  $TB_i$  die Anzahl aller

minimalen Abstimmungscoalitionen, für deren Zustandekommen  $i$  entscheidend ist und die diesem Kriterium genügen. Wir erhalten dann einen durch räumliche „Nachbarschaftsbeziehungen“ modifizierten Machtindex  $SB_i$ , wenn wir  $TB_i$  durch die Summe aller  $TB_i$  dividieren.

Nehmen wir nun an, daß Informationen über die politischen Distanzen zwischen allen Fraktionen in einer Matrix  $D$  mit  $K$  Zeilen und Spalten verfügbar seien, wobei  $d_{ij}$  die Einschätzung der Distanz zwischen  $i$  und  $j$  durch die Fraktion  $i$  darstellen soll.  $d$  kann sich bewegen zwischen 0 und  $Z$ , dem Maximalwert einer Distanzskala. Da die Wahrscheinlichkeit gemeinsamer Abstimmung zweier Fraktionen eine inverse Funktion ihrer politischen Distanz ist, wird eine Matrix  $Q$  definiert mit  $q_{ij} = Z - d_{ij}$ . Durch gewichtete Symmetrierung von  $Q$  erhalten wir eine Matrix  $P$  mit Wahrscheinlichkeitsgewichten für das gemeinsame Erscheinen zweier beliebiger Fraktionen in einer Abstimmungsmehrheit oder Mehrheitskoalition. Besteht eine Koalition aus nur zwei Fraktionen, dann kann unmittelbar  $p_{ij}$  als ihr Wahrscheinlichkeitsgewicht übernommen werden. Wie aber sollen diese Wahrscheinlichkeitsgewichte bei Koalitionen aus mehr als zwei Fraktionen aussehen? Zwei Vorgehensweisen sind plausibel: Zum einen kann man aus der Matrix  $P$  für die an jeder Koalition beteiligten Fraktionen ein mittleres gewichtetes Wahrscheinlichkeitsgewicht berechnen, wobei die Stimmenzahlen der beteiligten Fraktionen als Gewichte dienen. Bezeichnet man die Summe dieser Wahrscheinlichkeitsgewichte der von Fraktion  $i$  zustandegebrachten minimalen Gewinnkoalitionen als  $TC_i$  und dividiert durch die Summe aller  $TC_i$ , dann erhält man einen dritten modifizierten Index für Abstimmungsmacht  $SC_i$ .

Der Nachteil dieses Gewichtungsverfahrens besteht darin, daß gewichtete Mittelwerte verschleiern können, daß zwei Fraktionen in einer Abstimmungscoalition eine sehr große politische Distanz voneinander aufweisen, während alle anderen Fraktionen relativ nahe beieinander stehen. Wenn jedoch auch nur eine einzige Fraktion in einer minimalen Gewinnkoalition nicht mitmacht, kommt sie nicht zustande. Dieser Überlegung kann man dadurch Rechnung tragen, daß man als Wahrscheinlichkeitsgewicht einer Abstimmungsmehrheit den kleinsten Wert von  $p_{ij}$  für alle beteiligten Fraktionen definiert.

Summieren wir diese Gewichte für jede Fraktion  $i$  über alle  $T_i$  minimalen Abstimmungsmehrheiten, die durch ihr Hinzutreten zustandekommen, und dividieren wir diese Summe  $TD_i$  durch die Summe aller  $TD_j$ , dann erhalten wir schließlich den vierten modifizierten Index für Abstimmungsmacht  $SD_j$ . Im vierten Teil dieses Aufsatzes werden für das Europäische Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung alle fünf hier beschriebenen Indizes für Abstimmungsmacht mitgeteilt. Zuvor befassen wir uns aber mit der Operationalisierung und Erhebung der erforderlichen Matrizen  $V$  und  $D$ .

### 3. Politische Distanzen zwischen Fraktionen im Europäischen Parlament

Politische Distanzen zwischen Fraktionen des Europäischen Parlaments wurden mittels einer Umfrage unter seinen Abgeordneten ermittelt. Für die Umfrage wurde die schriftliche Briefform gewählt, weil eine mündliche Befragung einen unvermeidbaren Kostenaufwand erfordert hätte.

Die Erhebung wurde von April bis Juni 1980 durchgeführt<sup>2</sup>. Im April erhielten die Abgeordneten einen Brief in vier Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch), in dem das Vorhaben kurz erläutert und um Kooperation gebeten wurde, ferner einen sechsseitigen, viersprachigen Fragebogen, einen frankierten und adressierten Rückantwortumschlag und eine ebenfalls frankierte und adressierte Antwortkarte, welche allein den Namen des Abgeordneten und den Vermerk trug „Meinen Fragebogen habe ich abgesandt“. Der Fragebogen und der Rückumschlag enthielten keine Namensnennung oder sonstige Kennzeichnung. Lediglich die Fraktionsmitgliedschaft des Abgeordneten war auf dem Fragebogen vermerkt, die Nationalität konnte Briefmarke und Poststempel entnommen werden. Im Begleitschreiben wurde die Anonymität der Befragung unterstrichen.

Der Fragebogen enthielt nur drei Fragen. Die erste bezog sich allgemein auf politische Distanzen, ohne gemeinsames Abstimmungsver-

halten oder längerdauernde Koalitionsbildung zu erwähnen: „Wie würden Sie, ausgehend von den politischen Vorstellungen Ihrer eigenen Fraktion, die sechs übrigen Fraktionen im Europäischen Parlament hinsichtlich ihrer Stellung zu zentralen politischen Problemen beurteilen: als zu den Positionen Ihrer eigenen Fraktion sehr nahe – ziemlich nahe – weder nahe noch entfernt – ziemlich entfernt – sehr entfernt?“

Bitte kreuzen Sie zu jeder der sechs übrigen Fraktionen eine dieser fünf Kategorien an<sup>3</sup>!“

Es wurden sieben verschiedene Fragebogenvarianten erstellt, eine für jede Fraktion. Der Fragebogen für eine bestimmte Fraktion enthielt im Anschluß an diese Fragestellung eine Liste der sechs übrigen Fraktionen und die fünf genannten Antwortkategorien. Die Codierung der Antworten erfolgte durch Vergabe der Zahlen von eins für „sehr nahe“ bis fünf für „sehr entfernt“.

Die zweite Frage bezog sich explizit auf Abstimmungsabsprachen: „Im Europäischen Parlament kann es nützlich sein, bei Abstimmungsabsprachen mit anderen Fraktionen zu treffen, um Mehrheiten sicherzustellen. Mit welchen der sechs übrigen Fraktionen sehen Sie persönlich solche Absprachen zum Zwecke der gemeinsamen Abstimmung am liebsten?“

Bitte vergeben Sie alle Zahlen von 1 (am liebsten) bis 6 (am wenigsten gern)“.

Die dritte Frage war hypothetischer Natur und zielte auf permanente Koalitionsbildung ab. Die drei Fragen stellen also selbst gewissermaßen eine Skala dar, die von unverbindlicheren Bekundungen der politischen Affinität bis hin zur hypothetischen Präferenz für Koalitionspartner reicht. Die dritte Frage lautete: „In der Zukunft könnte es vorkommen, daß im Europäischen Parlament eine Mehrheitskoalition gebildet wird, wie es ähnlich in vielen nationalen Parlamenten der Fall ist. Wenn Sie annehmen, Ihre Fraktion wäre an einer solchen Mehrheitskoalition beteiligt, welche der sechs übrigen Fraktionen

2 Für ihre Mitarbeit bei Durchführung und Auswertung der Umfrage bedanke ich mich bei Sabine Lang und Gertrud Steigmüller.

3 Diese Fragestellung ist praktisch identisch mit der von Reif et al. (1979) in einer Umfrage unter den deutschen Kandidaten für das Europäische Parlament verwandten.

könnten Sie sich persönlich am ehesten als Koalitionspartner vorstellen?

Bitte vergeben Sie alle Zahlen von 1 (am ehesten) bis 6 (am unwahrscheinlichsten)<sup>4</sup>.

Im ersten Schreiben war um Antwort bis Anfang Mai gebeten worden. Mitte Mai wurde ein erstes Erinnerungsschreiben versandt. Anfang Juni 1980 schließlich erhielten diejenigen Abgeordneten, deren Antworten noch ausstanden, nochmals einen Fragebogen, einen frankierten und adressierten Rückumschlag sowie eine frankierte und adressierte Antwortkarte zur Registratur des Rücklaufs zugesandt.

Da fraktionslose Abgeordnete von der Umfrage ausgenommen blieben, wurden insgesamt 401 Abgeordnete angeschrieben. 176 von ihnen (43,9%) reagierten in keinerlei Form. Von den 225 Antworten waren 36 (9%) explizite Verweigerungen und 189 (47,1%) ausgefüllte Fragebögen. Achtzehn dieser Antworten trafen allerdings nach dem 31.7.1980 ein, nachdem mit der Auswertung begonnen worden war. Die nachfolgenden Analysen beruhen also auf 171 (42,6%) rechtzeitig eingegangenen Fragebögen, deren Rücklauf in Tabelle 1 dokumentiert ist.

Bei einer Quote von 47% ausgefüllter Fragebögen muß man sich mit den Ursachen und den Auswirkungen einer solch verhältnismäßig niedrigen Rücklaufquote auseinandersetzen. Was die Ursachen angeht, so geben die expliziten Verweigerungen deutlichen Aufschluß, von denen die meisten durch ein ausführliches Schreiben erfolgten. Mit Ausnahme von zwei Abgeordneten, die ihre Verweigerung mit der vermuteten politischen Instrumentalisierbarkeit der Umfrage begründeten, nannten alle Briefe übereinstimmend als Ursache der Verweigerung, daß die Komplexität der politischen Realität im Europäischen Parlament und die Komplexität ihrer Wahrnehmung durch die betreffenden Abgeordneten durch einen vorstrukturierten Fragebogen nicht erfaßt werden könne. Diesen Abgeordneten ging es also offensichtlich *nicht* um den Zeitaufwand, denn Ausfüllen und Absenden des Fragebogens hätte sie höchstens fünf Minuten ihrer Zeit gekostet.

TABELLE 1: Rücklauf der Umfrage

Land	Fraktion							Gesamt
	S	PPE	ED	COM	L	DEP	CDI	
B	7	10			4		1	22 <sup>a</sup>
	3	4			—		1	8
	43	40			0		100	36
DK	4		3	1	3	1	4	16
	1		2	—	2	1	2	8
	25		67	0	67	100	50	50
D	35	42			4			81
	11	32			—			43
	31	76			0			53
F	22	8		19	17	15		81
	5	4		—	7	2		18
	23	50		0	41	13		22
GB	18		61			1		40 <sup>a</sup>
	11		36			—		47
	61		59			0		59
IRL	4	4			1	5	1	15
	1	2			—	1	—	4
	25	50			0	20	0	27
I	13	30		24	5		5	77 <sup>a</sup>
	3	6		10	2		3	24
	23	20		42	40		60	31
LUX	1	3			2			6
	—	2			1			3
	0	67			50			50
NL	9	10			4			23 <sup>a</sup>
	4	8			4			16
	44	80			100			70
Gesamt	113	107	64	44	40	22	11	401 <sup>a</sup>
	39	58	38	10	16	4	6	171
	35	54	59	23	40	18	55	43

Erläuterung der Zellen:

Abgeordnete  
Antworten  
Antworten in %

a) Fraktionslose Abgeordnete wurden nicht angeschrieben und sind deshalb nicht in die Tabelle aufgenommen.

Wir haben es hier mit einem wohlbekannten Problem von Eliteninterviews zu tun, das sich besonders im europäischen Kontext bemerkbar macht. Hunt et al. (1964) berichten in ihrem Vergleich von Umfragen unter amerikanischen, französischen und österreichischen Parlamentsabgeordneten, daß die europäischen Abgeordneten eine bei den amerikanischen Volksvertretern unbekanntes Resistenz gegenüber strukturierten Fragebögen aufgewiesen hätten<sup>4</sup>. Sie zitieren Begründungen für Inter-

4 Zur speziellen Problematik von Interviews mit politischen Eliten vgl. ferner auch Robinson (1960), Dexter (1970), Aberbach (1975).

viewverweigerungen, die fast wortgleich aus den bei uns eingegangenen Schreiben stammen könnten. Die Fragen seien so nicht richtig gestellt, man müsse hier und dort differenzieren, die Wirklichkeit sei zu komplex, um sich durch diese oder jene Frage einfangen zu lassen, Quantifizierung dieser Dinge habe keinen Sinn etc. Hunt et al. bemerken, daß viele der europäischen Abgeordneten bereit waren, beträchtliche Zeit für mündliche Diskussionen über den Gegenstand der strukturierten Fragebögen zur Verfügung zu stellen, sich aber weigerten, Kästchen anzukreuzen oder Rangordnungen aufzustellen. Die Erfahrungen mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments scheinen diese Beobachtungen zu bestätigen.

Gewichtiger als die Frage nach den Ursachen ist die Frage nach den Konsequenzen des relativ geringen Rücklaufes. Leider läßt sie sich nur hypothetisch beantworten. In Erwartung eines niedri-

gen Rücklaufes wurden die gegenseitigen Einschätzungen der Mitglieder der verschiedenen Fraktionen, die in den Tabellen 2, 3 und 4 festgehalten sind, bereits nach dem Eingang von 50 Fragebögen und dann bei jeweils weiteren 25 eingegangenen Fragebögen ermittelt. Dabei ergab sich eine äußerst hohe Stabilität der mittleren gegenseitigen Bewertungen, unabhängig von der Zahl der berücksichtigten Antworten. Wenn im folgenden aus den Umfrageergebnissen Distanzen zwischen Fraktionen abgeleitet werden, dann wird unterstellt, daß die eingegangenen Antworten eine Zufallsstichprobe darstellen, daß also bei einer wesentlich höheren Antwortbereitschaft gleiche oder zumindest recht ähnliche Befunde zustandegekommen wären. Diese Annahme kann durch zwei Überlegungen unterstützt werden. Zum einen ist der Inhalt der Antworten offenkundig unabhängig davon, wie lange ein Abgeordneter brauchte, um sich zur Ausfüllung des Fragebogens zu entschließen.

TABELLE 2: Distanzen zwischen Fraktionen (Frage 1)

Beurteilung der Distanz durch	Distanz zu						
	S	PPE	ED	COM	L	DEP	CDI
S	<del>1 5</del> 3,7 38	2 5 3,7 38	2 5 4,3 38	1 5 2,9 37	2 5 3,6 37	2 5 3,5 38	1 5 3,1 36
PPE	1 5 3,4 57	<del>1 4</del> 2,1 56	1 4 2,1 56	3 5 4,7 57	1 4 2,1 56	2 5 3,4 54	3 5 4,7 57
ED	2 5 3,9 36	1 3 1,5 36	<del>3 5</del> 4,5 35	4 5 4,5 35	1 3 2,8 37	1 5 3,1 35	2 5 4,4 34
COM	1 2 1,7 10	2 4 3,6 9	3 5 4,4 9	<del>4 5</del> 4,2 10	3 5 4,2 10	4 5 4,6 10	3 5 4,6 10
L	1 4 3,3 15	1 3 1,9 15	1 4 2,4 13	4 5 4,9 15	<del>2 3</del> 3,4 14	2 5 3,4 14	3 5 4,4 13
DEP	4 5 4,3 4	1 3 2,3 4	2 4 3,0 4	5 5 5,0 4	2 3 2,3 4	<del>5 5</del> 5,0 3	5 5 5,0 3
CDI	2 5 2,6 5	4 5 4,8 5	5 5 5,0 5	2 5 3,8 5	4 5 4,6 5	5 5 5,0 5	<del>5 5</del>

Erläuterung der Zellen:

minimaler Distanzwert	maximaler Distanzwert
mittlerer Distanzwert	Zahl der Bewertungen

TABELLE 3: Bevorzugte Partner für Abstimmungsabsprachen (Frage 2)

Rangordnung durch	Rangordnung für Abstimmungsabsprachen						
	S	PPE	ED	COM	L	DEP	CDI
S	<del>1 5</del>	1 5	2 6	1 6	1 6	1 6	1 6
		2,3 30	4,6 29	2,5 29	3,1 31	4,7 25	3,5 27
PPE	1 5	<del>1 5</del>	1 4	4 6	1 3	2 6	4 6
	3,2 42		1,9 39	5,4 37	1,7 40	3,4 41	5,3 36
ED	1 5	1 3	<del>1 3</del>	4 6	1 3	2 5	2 6
	3,8 28	1,2 27		5,4 25	2,0 27	3,1 29	5,1 23
COM	1 1	2 2	4 6	<del>4 6</del>	2 6	4 6	4 6
	1,0 10	2,0 6	4,8 6		3,2 8	5,0 6	5,3 8
L	2 4	1 2	1 3	5 6	<del>5 6</del>	4 5	2 6
	3,3 9	1,3 12	2,3 11	5,7 9		3,3 10	5,2 10
DEP	3 5	2 2	3 4	6 6	1 1	<del>1 1</del>	4 4
	4,0 2	2,0 3	3,5 2	6,0 1	1,0 3		4,0 1
CDI	1 2	2 4	5 5	1 4	3 3	6 6	<del>6 6</del>
	1,5 4	3,3 3	5,0 3	2,0 4	3,0 4	6,0 3	

Erläuterung der Zellen:

besten Rangplatz	schlechtesten Rangplatz
mittleren Rangplatz	Zahl der Bewertungen

Zum zweiten sind die Resultate über die politische Struktur des Europäischen Parlaments, die im fünften Abschnitt vorgestellt werden, hinreichend plausibel und einleuchtend, um nicht ohne weiteres als grobe Verzerrungen der Realität aufzufallen, wie sie sich dem informierten Beobachter darstellt.

Kommen wir jetzt zu den Ergebnissen der Umfrage. Für die Analyse der Machtverteilung im Europäischen Parlament wäre eine detaillierte Beschreibung der Umfrageergebnisse nicht erforderlich. Da jedoch vergleichbare Ergebnisse noch nicht vorliegen, könnten sie als solche auch unabhängig von Analysen der Machtverteilung von Interesse sein.

Die Tabellen 2, 3 und 4 fassen die Antworten auf die einzelnen Fragestellungen zusammen. Die Rangplätze der Tabellen 3 und 4 sind mit den Distanzwerten der Tabelle 2 nicht unmittelbar vergleichbar, weil der Maximalwert in einem

Fall 6 und im anderen Fall 5 beträgt. Außerdem wird durch die Fragestellung erzwungen, daß bei der zweiten und dritten Frage auch erste Rangplätze vergeben werden, während man bei der ersten Frage sogar erwarten muß, daß politische Distanzen zu anderen Fraktionen sich in der Optik von Mandatsträgern größer ausmachen, als sie es nach konkreteren Programmpunkten sind. Dennoch geht aus den drei Tabellen ein recht einheitliches Bild der politischen Struktur des Europäischen Parlaments und der Kooperationspräferenzen seiner Fraktionen hervor, wenn auch mit einigen auffälligen Differenzierungen.

Fragt man allgemein nach politischen Affinitäten, dann sehen die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion die Kommunisten als am nächsten bei ihren eigenen Vorstellungen. Die Europäischen Demokraten werden als besonders weit entfernt angesehen, alle übrigen Fraktionen liegen dicht beieinander zwischen diesen beiden Extremen. Fragt man jedoch nach Abstimmungs-

TABELLE 4: Bevorzugte Koalitionspartner (Frage 3)

Rangordnung durch	Rangordnung für bevorzugte Koalitionspartner						
	S	PPE	ED	COM	L	DEP	CDI
S	<del>1 5</del>	1 5	2 6	1 6	1 6	1 6	1 6
		2,6 31	4,5 27	2,5 29	2,8 30	4,6 28	4,0 28
PPE	1 5	<del>1 5</del>	1 4	4 6	1 3	2 6	4 6
	3,2 44		2,1 41	5,7 35	1,6 43	3,3 43	5,2 32
ED	1 5	1 3	<del>1 4</del>	5 6	1 4	2 4	4 6
	3,9 27	1,1 28		5,5 24	2,0 28	3,0 31	5,1 23
COM	1 1	2 3	4 6	<del>1 4</del>	2 5	5 6	3 6
	1,0 9	2,4 7	4,6 5		3,1 7	5,3 4	5,0 7
L	2 5	1 2	1 4	5 6	<del>1 3</del>	3 5	4 6
	3,4 10	1,2 13	2,3 12	5,7 9		3,6 9	5,1 10
DEP	4 4	1 2	2 3	5 5	1 3	<del>1 2</del>	6 6
	4,0 3	1,8 4	2,7 3	5,0 2	1,5 4		6,0 2
CDI	1 2	2 4	5 6	1 4	3 3	5 6	<del>1 2</del>
	1,5 4	3,5 4	5,3 4	2,0 4	3,0 4	5,8 4	

Erläuterung der Zellen:

besten Rangplatz	schlechtesten Rangplatz
mittleren Rangplatz	Zahl der Bewertungen

absprachen oder Koalitionsbildung, dann zieht die Fraktion der Europäischen Volkspartei als bevorzugter Partner mit den Kommunisten gleich. Dieselbe Differenzierung findet man bei den Kommunisten. Die Abgeordneten beider Fraktionen trennen politische Affinität von der Wünschbarkeit gemeinsamer Abstimmung vor allem hinsichtlich der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Man ist zwar politisch unterschiedlicher Meinung, angesichts der alternativen Partner aber stellt die Fraktion der Europäischen Volkspartei das „geringere Übel“ dar.

Bei der Fraktion der Europäischen Volkspartei ist eine ähnliche Unterscheidung nach Fragestellung nicht auszumachen. Die Europäischen Demokraten und die Liberalen werden als politisch nahestehend eingestuft und als Partner bevorzugt, Kommunisten und die Fraktion für technische Koordinierung werden besonders stark abgelehnt. Sinngemäß das gleiche gilt für die Europäischen Demokraten und die Liberalen. Die Europäischen

Demokraten für den Fortschritt schließen sich diesem Muster in der Ablehnung der Fraktion für technische Koordinierung und der Kommunisten an, beziehen in ihre deutliche Zurückweisung aber auch die Sozialisten ein.

Für die Fraktion für technische Koordinierung schließlich ergibt sich aus den verschiedenen Fragestellungen wiederum ein uneinheitliches Bild. Einerseits wird die politische Distanz zu den Sozialisten als relativ gering, zu allen übrigen Fraktionen als relativ hoch bezeichnet. Fragt man andererseits nach Abstimmungs- oder Koalitionspartnern, dann steigen die Kommunisten, die Fraktion der Europäischen Volkspartei und die Liberalen deutlich in der Gunst dieser Abgeordneten.

Betrachtet man die Distanzen zwischen Fraktionen des Europäischen Parlaments als Maßwerte für die Wahrscheinlichkeit, daß sie miteinander „ins Geschäft kommen“, um es etwas

TABELLE 5: Gewichtete mittlere Distanzen zwischen Fraktionen (Frage 1)

		Gewichtete mittlere Distanz						
		S	PPE	ED	COM	L	DEP	CDI
Gesamtzahl der Beurteilungen	S							
	PPE	95						
	ED	74	92					
	COM	47	66	44				
	L	52	71	50	25			
	DEP	42	58	39	14	18		
	CDI	41	62	39	15	18	8	

TABELLE 6: Gewichtete mittlere Rangordnung der Partner für Abstimmungsabsprachen (Frage 2)

		Gewichtete mittlere gegenseitige Rangordnung						
		S	PPE	ED	COM	L	DEP	CDI
Gesamtzahl der Beurteilungen	S							
	PPE	72						
	ED	57	66					
	COM	39	43	31				
	L	40	52	38	17			
	DEP	27	44	31	7	13		
	CDI	31	39	26	12	14	4	

salopp auszudrücken, dann sollte es für die Distanz zwischen zwei beliebigen Fraktionen nur einen einzigen Wert geben. Zwar mag es sein, daß die eine Fraktion sich politisch näher an der anderen sieht als umgekehrt, das daraus resultierende Kompromißpotential wird jedoch durch die Zusammenlegung beider Einschätzungen in einen gewichteten Mittelwert adäquat erfaßt. Um Platz zu sparen, werden entsprechende Werte in den Tabellen 5 und 6 nur für die ersten beiden Fragen wiedergegeben, nicht aber für die dritte Frage, was angesichts ihrer hohen Übereinstimmung mit der zweiten Frage wohl erübrigt werden kann.

Aus den Tabellen 5 und 6 ergibt sich ein durchsichtiges und einleuchtendes Bild der politischen Strukturen im Europäischen Parlament. Es gibt zwei Gruppen von Fraktionen, die sich untereinander jeweils wesentlich näher stehen als im Vergleich zu dritten Fraktionen. Diese beiden Gruppen sind zum einen die Sozialisten und die Kommunisten und zum anderen die Europäischen Demokraten,

die Fraktion der Europäischen Volkspartei und die liberale Fraktion. Die Sozialisten stehen der zweiten Gruppe insgesamt deutlich näher als die Kommunisten, ihre Distanz zu den Kommunisten ist aber geringer als zu irgendeiner der drei Fraktionen in der zweiten Gruppe.

Die beiden übrigen Fraktionen, die Europäischen Demokraten für den Fortschritt sowie die Fraktion für technische Koordinierung, werden von den beiden ersten Gruppen von Fraktionen deutlich abgelehnt, allerdings mit einem bei beiden Fragestellungen charakteristischen Muster. Bei Sozialisten und Kommunisten ist die Distanz zu den Europäischen Demokraten für den Fortschritt höher als zur Fraktion für technische Koordinierung, bei den drei Fraktionen der zweiten Gruppe verhält es sich genau umgekehrt. Diese beiden von allen fünf anderen Fraktionen stark abgelehnten Fraktionen haben selbst miteinander nicht das Geringste gemein; sie sehen sich gegenseitig mit größtmöglicher Distanz voneinander entfernt.

#### 4. Die Verteilung von Abstimmungsmacht im Europäischen Parlament

Nach der Darstellung der wechselseitigen Beurteilungen der Fraktionen des Europäischen Parlaments kann jetzt zur Analyse der Machtverteilungen übergegangen werden (Tabelle 7). Für die Berechnung des konventionellen Machtindex S und des nur minimale verbundene Gewinnkoalitionen berücksichtigenden Index SA ist Information über die Distanzen zwischen den Fraktionen nicht erforderlich. Bei der Berechnung von SA wurde auf die Einbeziehung der Fraktion für technische Koordinierung verzichtet, weil eine plausible Einstufung dieser Fraktion auf einer links-rechts-Skala nicht möglich ist. Für die sechs übrigen Fraktionen wurde von links nach rechts folgende Anordnung unterstellt: Kommunisten, Sozialisten, Liberale, Europäische Volkspartei, Europäische Demokraten, Europäische Demokraten für den Fortschritt.

Der konventionelle Index für Abstimmungsmacht S führt kaum zu Erkenntnissen, die man nicht schon aus der Betrachtung der Sitzanteile gewinnen könnte. Die Anzahl von sieben Fraktionen reicht bei der im Europäischen Parlament gegebenen Verteilung von Sitzen für eine grobe An-

näherung von Machtanteilen durch Sitzanteile schon aus. Allein für die beiden ganz großen und die beiden ganz kleinen Fraktionen ergeben sich geringfügige Abweichungen beider Maße. Nimmt man an, daß im Europäischen Parlament nur minimale *verbundene* Gewinnkoalitionen zustandekommen, dann verfügen nur vier Fraktionen über reale Abstimmungsmacht. Kommunisten und Europäische Demokraten für den Fortschritt sind auf Grund ihrer Randpositionen in dem unterstellten ideologischen Spektrum für minimale *verbundene* Gewinnkoalitionen niemals ausschlaggebend. *Begünstigt sind in einer solchen Analyse die „bürgerlichen“ Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Demokraten und der Liberalen. Besonders deutlich ist das bei den Liberalen, für die SA doppelt so hoch liegt wie S und der Sitzanteil. Dies geht allein auf Kosten der sozialistischen Fraktion, deren Indexwert SA mangels benachbarter Koalitionspartner auf ihrer Seite des ideologischen Spektrums deutlich unter S und dem Sitzanteil liegt.*

Um aus empirisch erhobenen Distanzen SB, SC und SD zu bestimmen, benötigt man die aus jeder Frage abgeleiteten Matrizen V und P. P erhält man für die erste und die zweite Frage aus den

TABELLE 7: Abstimmungsmacht im Europäischen Parlament

	S	PPE	ED	COM	L	DEP	CDI	
Sitze	113	107	64	44	40	22	11	
Sitzanteile (%)	28	26	16	11	10	5	3	
Frage 1	S	31	28	16	10	10	3	1
	SA	20	40	20	0	20	0	–
	SB	0	33	33	0	33	0	0
	SC	29	30	17	9	11	3	1
Frage 2	SD	31	33	17	5	13	1	1
	SB	35	45	10	0	10	0	0
	SC	31	30	16	9	11	3	1
Frage 3	SD	31	32	15	6	12	2	1
	SB	31	44	13	0	13	0	0
	SC	31	30	16	9	11	3	1
	SD	31	32	15	6	13	1	1

Alle Machtindizes mit 100 multipliziert!

Tabellen 5 und 6, indem man ihre Werte von fünf bzw. sechs subtrahiert. Die Matrix P für die dritte Frage unterscheidet sich kaum von derjenigen für die zweite Frage. Die Matrizen V werden aus den Matrizen P *folgendermaßen* abgeleitet: Für jede Matrix P wird ein durch die Anzahl der jeweils zugrundeliegenden Beurteilungen gewichtetes Gesamtmittel berechnet. Alle Einträge über diesem gewichteten Gesamtmittel werden dann gleich eins, alle darunterliegenden Einträge gleich null gesetzt. Auf diese Weise erhalten wir drei binäre „Nachbarschaftsmatrizen“, in denen Einträge von eins signalisieren, daß die beiden betreffenden Fraktionen politisch hinreichend nahe aneinanderliegen, um prinzipiell in einer *gemeinsamen Koalition oder Abstimmungsabsprache* erscheinen zu können.

An dem Index SB fällt die enorme Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der ersten Frage einerseits und der zweiten und dritten Frage andererseits auf. Das liegt allein daran, daß in der Matrix P für die erste Frage der Wert für Sozialisten und Liberale um einen ganz geringen Betrag *unter* dem gewichteten globalen Mittelwert liegt, so daß in der entsprechenden Matrix V der Eintrag für die Koalitionsfähigkeit von Sozialisten und Liberalen auf Null gesetzt wird. Wäre der Wert für Sozialisten und Liberale in der Matrix P nur *geringfügig höher*, dann würden die drei Fragen für den Index SB ganz ähnliche Werte erbringen. Insofern sind also hier die Ergebnisse der zwei letzten Fragen plausibler.

Vernachlässigt man diesen „Ausrutscher“ des Index SB, dann stimmen seine Werte mit denjenigen von SA insofern überein, als den Fraktionen der Kommunisten, der Europäischen Demokraten für den Fortschritt und derjenigen für technische Koordinierung jegliche *Abstimmungsmacht* abgesprochen wird. Ein Unterschied zwischen den beiden Indizes besteht darin, daß die Sozialisten durch SB nicht für ihre ideologische Randposition „bestraft“ werden. Die Europäische Volkspartei erscheint noch deutlicher als bei SA als die Fraktion mit der eindeutig besten Ausgangslage. Aus diesen Ergebnissen könnte man folgern, daß die räumliche Analyse der Abstimmungsmacht im Europäischen Parlament ein wesentlich klareres und plausibleres Bild liefert als sowohl der konventionelle Machtverteilungsindex als auch seine Einschränkung auf minimale *verbundene* Gewinnkoalitionen.

Diese Folgerung wird durch SC und SD nicht gestützt. Zum einen unterscheiden sich beide Indizes nicht in dem erwarteten Ausmaß. Bei allen drei Fragestellungen ergibt sich der deutlichste Unterschied zwischen SC und SD bei der Fraktion der Kommunisten, was bedeutet, daß den Kommunisten hinreichend viele hinreichend nahestehende Partner fehlen. Davon abgesehen jedoch liegen die Werte beider Indizes sehr nahe beieinander. Noch bemerkenswerter ist, daß SC und SD vom konventionellen Machtindex S kaum zu unterscheiden sind. Dieses Ergebnis ist unerwartet. Die beiden Wahrscheinlichkeitsgewichte verwendenden Indizes waren eingeführt worden, um unrealistische Annahmen durch realitätsgerechtere zu ersetzen. Nun sehen wir bei der Anwendung auf das Europäische Parlament, daß die „unrealistische“ Annahme, alle rechnerisch möglichen Abstimmungsmehrheiten seien politisch gleich plausibel, zu praktisch den gleichen Meßwerten über Abstimmungsmacht führt wie die vergleichsweise komplizierte Gewichtung durch politische Distanzen.

Durch diese Erkenntnis wird der Wert der im zweiten Abschnitt skizzierten analytischen Techniken nicht in Frage gestellt. Bei anderen Anwendungen könnten natürlich beträchtliche Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Berechnungsverfahren auftreten. Allerdings war Kritik an den simpleren Modellen der Machtmessung einer der Auslöser für diese Studie. Es war eingewandt worden, daß der klassische Machtindex und seine Modifikation für minimale *verbundene* Gewinnkoalitionen nicht ausreichen könnten, um den komplexen politischen Raum des Europäischen Parlaments zu erfassen. Ironischerweise führt nun die aufwendigste Weise, diesen politischen Raum über Distanzen zu beschreiben, zu fast exakt den gleichen Ergebnissen wie die primitivste Analyseform. Die räumliche Analyse von Machtverteilungen bringt im Fall des Europäischen Parlaments nur bei Anwendung von SB einen gewissen Erkenntnisgewinn gegenüber den früher schon angewandten Verfahren.

der sich aus der Umfrage ergebenden Repräsentation des politischen Raums im Europäischen Parlament und andererseits den daraus ableitbaren Prognosen über das Zustandekommen von Abstimmungsabsprachen oder permanenten Mehrheitskoalitionen. Bei der ersten Fragestellung interessiert besonders, ob die in früheren Analysen unterstellte ideologische Eindimensionalität wirklich gänzlich unhaltbar ist. Deshalb werden die Distanzwerte der zweiten Frage der Umfrage (Tabelle 6) einer multidimensionalen Skalierung mit Hilfe des MDSCAL-Unterprogramms des OSIRIS-3 Programmpakets unterzogen. Alle drei Fragen führen bei einer solchen Analyse zu sehr ähnlichen Ergebnissen, die graphische Darstellung ist aber bei der zweiten Frage am klarsten.

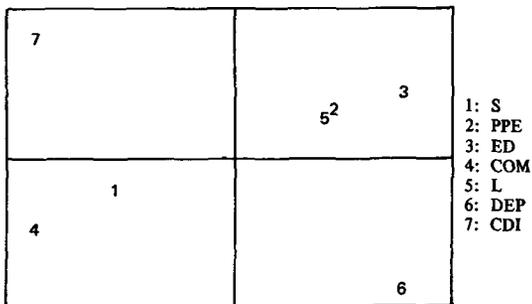


ABBILDUNG 1: Der politische Raum im Europäischen Parlament (Frage 2)

Bei der multidimensionalen Skalierung ergibt die Annahme von zwei zugrundeliegenden Dimensionen eine optimale Lösung. Der Stresskoeffizient beträgt 0,09, die Erhöhung der Anzahl der Dimensionen bis hin zu fünf bringt keine weitere Reduktion. Die Distanzwerte der Tabelle 6 lassen sich also durch eine zweidimensionale Darstellung am besten räumlich repräsentieren.

Wir haben insgesamt vier deutlich voneinander verschiedene politische Standorte, die eine Art Parallelogramm aufspannen. An den Enden der kurzen Diagonalen liegen dicht beieinander einerseits die drei bürgerlichen Fraktionen – Europäische Volkspartei, Europäische Demokraten und Liberale – andererseits die Sozialisten und die Kommunisten. Bei dieser Diagonalen handelt es sich um die bekannte links-rechts-Achse, auf der Liberale und Europäische Volkspartei fast identische Positionen einnehmen,

## 5. Der politische Raum im Europäischen Parlament

Abschließend wollen wir die Aufmerksamkeit noch zwei Fragen zuwenden, nämlich einerseits

während Europäische Demokraten einerseits und Kommunisten andererseits die Extrempositionen dieser Skala darstellen. Die Enden der langen Diagonalen bilden die Europäischen Demokraten für den Fortschritt und die Fraktion für technische Koordinierung. Beide werden von den beiden zuerst genannten Gruppen von Fraktionen jeweils etwa gleich stark als Partner abgelehnt. Da sie sich jedoch auch gegenseitig für unakzeptabel halten, ja sogar die größte insgesamt zu beobachtende Distanz zwischen diesen beiden anfällt, liegen sie nicht auf einer gemeinsamen Außenseiterposition.

Um politischen Fehlinterpretationen der räumlichen „Zusammenklumpung“ von Europäischer Volkspartei, Europäischen Demokraten und Liberalen einerseits und von Sozialisten und Kommunisten andererseits vorzubeugen, muß unterstrichen werden, daß MDSCAL ein nicht-metrisches Verfahren zur multidimensionalen Skalierung ist. Bei solchen Verfahren werden kleine Distanzen noch weiter verringert und größere Distanzen übertrieben dargestellt. Zwischen den ursprünglichen Distanzen und den in der zweidimensionalen Lösung dargestellten Distanzen besteht keine lineare, sondern nur eine monotone Beziehung. Der Vorteil des Verfahrens ist, daß bestehende Affinitäten besonders deutlich zu Tage treten.

Was ergibt die multidimensionale Skalierung für die Dimensionalität des politischen Raums im Europäischen Parlament? Die Existenz der Fraktion für technische Koordinierung stellt eine nicht vorauszusehende Neuentwicklung dar. Aber selbst wenn man diese Fraktion aus der Abbildung 1 streicht, wird deutlich, daß eine eindimensionale Repräsentation nicht möglich ist. Die eher integrationsfeindlichen Europäischen Demokraten für den Fortschritt lassen sich auf dem links-rechts-Kontinuum nicht verorten. Insofern war die Annahme, sie stünden am äußersten rechten Rand eines eindimensionalen ideologischen Kontinuums, tatsächlich nicht richtig. Allerdings sind die Konsequenzen dieses Fehlers für die Analyse von Abstimmungsmacht im Europäischen Parlament nahezu unerheblich. Wie die Werte von SA in Tabelle 7 zeigen, sind die Europäischen Demokraten für den Fortschritt unter der Annahme, daß sie am rechten Rand des politischen Spektrums stünden, in keinem Fall

für das Zustandekommen minimaler Abstimmungsmehrheiten entscheidend. In der zweidimensionalen Repräsentation sieht man, daß diese Fraktion von allen übrigen fünf Fraktionen etwa gleich weit entfernt ist und praktisch keine Bündnispartner finden kann. Die Annahme der ideologischen Eindimensionalität wird zwar durch die Existenz der Europäischen Demokraten für den Fortschritt verletzt, die Folgen dieser unrichtigen Annahme sind aber auf Grund der Außenseiterstellung dieser Fraktion nicht gravierend.

## 6. Wahrscheinliche Mehrheiten und Koalitionen im Europäischen Parlament

Tabelle 8 enthält eine Liste aller *minimalen* Gewinnkoalitionen im gegenwärtigen Europäischen Parlament. Die Zahl der beteiligten Fraktionen schwankt zwischen zwei und vier, die Zahl der beteiligten Abgeordneten zwischen 208 und 221. Insgesamt erscheinen aus den in der Literatur und hier im zweiten Abschnitt vorgebrachten Überlegungen fünf Voraussagen auf wahrscheinliche politische Bündnisse im Europäischen Parlament möglich.

Nach Leiserson (1966, 1970) sind solche Bündnisse zu erwarten, welche die Zahl der beteiligten Fraktionen minimieren, weil dabei der Koordinierungsaufwand am geringsten ist und der politische Ertrag des Bündnisses auf die wenigsten Teilnehmer verteilt werden muß. Daraus ergibt sich eine Vorhersage für die „große“ Koalition aus Sozialisten und Fraktion der Europäischen Volkspartei. Nach Riker (1962)

TABELLE 8: Minimale Gewinnkoalitionen im Europäischen Parlament

Nr.	Fraktionen	Abgeordnete	gewichtete mittlere Distanz (Frage 1)	maximal Distanz (Frage 1)
1.	S, PPE	220	3,5	3,5
2.	S, ED, COM	221	3,7	4,5
3.	S, ED, L	217	3,6	4,1
4.	S, ED, DEP, CDI	210	3,7	5,0
5.	S, COM, L, DEP	219	3,5	4,7
6.	S, COM, L, CDI	208	3,5	4,6
7.	PPE, ED, COM	215	3,5	4,6
8.	PPE, ED, L	211	2,2	2,7
9.	PPE, COM, L, DEP	213	3,8	4,7
Mittelwerte aller minimalen Gewinnkoalitionen außer Nr. 8			3,6	4,5

andererseits ist die Koalition mit der geringsten Anzahl von Abgeordneten zu erwarten. Mit 208 Abgeordneten ist das das sechste aufgeführte Bündnis aus Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Europäischen Demokraten für den Fortschritt. Nach Axelrod (1970) sind, wie im zweiten Abschnitt erwähnt, in erster Linie minimale *verbundene* Gewinnkoalitionen zu erwarten. Unterstellt man die im vierten Abschnitt beschriebene Einordnung der sieben Fraktionen auf einem eindimensionalen links-rechts-Kontinuum, dann gibt es nur ein einziges solches Bündnis, dasjenige aus den Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Demokraten und der Liberalen. Bei diesem Bündnis ist es für die Eigenschaft der „Verbundenheit“ unerheblich, ob man die Liberalen links von der Europäischen Volkspartei oder zwischen Europäischer Volkspartei und Europäischen Demokraten eingruppiert.

Zwei weitere Prognosen für die Bildung von Bündnissen im Europäischen Parlament können aus den Herleitungen der Machtindizes SC und 3D entnommen werden. Da wir Informationen über die politischen Distanzen zwischen den einzelnen Fraktionen haben, können wir die minimale Gewinnkoalition mit der geringsten mittleren gewichteten Distanz zwischen ihren Teilnehmern ermitteln und ebenso die minimale Gewinnkoalition mit dem kleinsten maximalen Distanzwert zwischen je zweien der teilnehmenden Fraktionen<sup>5</sup>. Diese aus Tabelle 5 für die erste Frage der Umfrage entnommenen Werte sind in Tabelle 8 für die einzelnen minimalen Gewinnkoalitionen aufgeführt. Daraus ergibt sich eine eindeutige Vorhersage auf die künftigen politischen Bündnisstrukturen im Europäischen Parlament, die sich mit derjenigen nach Axelrod deckt. Die gewichtete mittlere Distanz zwischen den Teilnehmern der achten minimalen Gewinnkoalition aus Europäischer Volkspartei, Europäischen Demokraten und Liberalen hat den Wert 2,2; der über alle acht übrigen minimalen Gewinnkoalitionen hinweg berechnete Mittelwert beträgt 3,6. Während die Fraktionen der achten minimalen Gewinnkoalition einander im Mittel als „ziemlich nahe“ qualifizieren, ist die mittlere

gegenseitige Einschätzung in allen anderen minimalen Gewinnkoalitionen eher in der Nachbarschaft von „ziemlich entfernt“. Die gleiche Voraussage ergibt sich aus den maximalen Distanzen. Innerhalb des achten Bündnisses ist die größte politische Distanz etwas positiver als die Mittelkategorie „weder nahe noch entfernt“. Bei allen übrigen minimalen Gewinnkoalitionen beträgt die mittlere maximale politische Distanz 4,5, d.h. jeweils mindestens zwei beteiligte Fraktionen sehen einander als zwischen „ziemlich entfernt“ und „sehr entfernt“ an. Eine solche gegenseitige Einschätzung zwischen auch nur zwei Partnern, von denen ja keiner für die Mehrheit des Bündnisses entbehrlich ist, macht solche Absprachen hochgradig unwahrscheinlich.

Damit ergibt sich sowohl aus der Anwendung der Überlegungen Axelrods wie auch aus den Resultaten unserer Umfrage unter seinen Abgeordneten eine Voraussage auf zukünftige politische Bündnisstrukturen im Europäischen Parlament, die wesentlich mehr Plausibilität besitzt als die Prognosen nach Riker oder nach Leiserson. Die erste Direktwahl hat derjenigen Dreiergruppe von Fraktionen, die untereinander die geringsten politischen Distanzen aufweisen, zu einer absoluten Mehrheit verholfen. Ob es im Europäischen Parlament noch in der ersten Legislaturperiode zu einer gewissen Verfestigung von Abstimmungs- und Mehrheitsstrukturen kommen wird, muß man abwarten. Mit den hier verwandten analytischen Instrumentarien ist diese Frage nicht zu beantworten. Wenn aber eine solche Entwicklung eintreten sollte, dann wird mit großer Sicherheit das Dreierbündnis aus den Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Demokraten und der Liberalen die entstehenden politischen Inhalte maßgeblich gestalten.

## 7. Schlußbemerkung

Die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments war eines der zentralen Sachthemen des Wahlkampfes vor der ersten Direktwahl. Die vor uns liegenden Jahre werden zeigen, in welchem Umfang die damals geweckten Erwartungen eingelöst werden. Wenn das Europäische Parlament von einer beratenden zu einer beschließenden Versammlung wer-

<sup>5</sup> Als Prozeß politischer Distanzminimierung wird Koalitionsbildung auch aufgefaßt von De Swaan (1970), der sich bei der Anwendung seines Modells aber nicht auf empirisch erhobene Distanzen zwischen parlamentarischen Fraktionen stützt.

den sollte, werden sich seine Arbeitsweise und seine politische Struktur verändern. Derzeit spielt die in den meisten nationalen Parlamenten selbstverständliche Koalitionspolitik nur in Ausnahmefällen eine Rolle, etwa bei der Bestellung des Parlamentspräsidiums. Ansonsten herrschen ad hoc-Abstimmungsabsprachen bezüglich der Probleme in einzelnen Politikbereichen vor. Würde in der Zukunft etwa der Präsident der Kommission vom Europäischen Parlament gewählt und wäre er mit seiner Politik auf dessen Zustimmung angewiesen, wären permanentere Bündnisse unerlässlich.

Es ist hier nicht der Ort, um nochmals die Wahrscheinlichkeit oder die Wünschbarkeit einer solchen Transformation der Europäischen Gemeinschaft in Richtung auf „normale“ parlamentarische Muster zu erörtern. Sollte sich aber diese Forderung zahlreicher Befürworter der Europäischen Integration schrittweise erfüllen, dann werden Fragen der Mehrheitsfähigkeit, der Verteilung der parlamentarischen Gewichte und möglicher Bündnisstrukturen auch für das Europäische Parlament diejenige Bedeutung erlangen, die sie in den meisten parlamentarischen Systemen haben. Diesen Fragen im Hinblick auf solche Entwicklungen mittels der Methoden der spieltheoretischen Machtverteilungsanalyse und ausgehend von der gegenwärtigen Zusammensetzung des

Europäischen Parlaments nachzuforschen, war das Anliegen dieser Arbeit. Neben ihren Detailergebnissen zeigt sie auf, daß die aus den gegenseitigen Einschätzungen der Fraktionen abgeleitete politische Struktur des Parlaments weniger amorph ist, als bisweilen behauptet wird. Daß das Europäische Parlament für die Ausweitung seiner Kompetenzen von seiner Zusammensetzung her gut gerüstet sei, mag eine Überreibung sein. Daß die Struktur des Europäischen Parlaments einer Kompetenzerweiterung entgegenstehe, ist bestimmt eine.

## Anhang

### *Abkürzungen für die Fraktionen des Europäischen Parlaments*

S:	Sozialistische Fraktion
PPE:	Fraktion der Europäischen Volkspartei
ED:	Fraktion der Europäischen Demokraten
COM:	Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden
L:	Liberales und Demokratisches Fraktion
DEP:	Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt
CDI:	Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten

## Literatur:

- Aberbach, J.D./Chesney, J.D./Rockman, B.A., 1975: Exploring Elite Political Attitudes. *Political Methodology* 2: 1–27.
- Axelrod, R., 1970: *Conflict of Interest*. Chicago: Markham.
- Bangemann, M./Bieber, R., 1979: Die Direktwahl – Sackgasse oder Chance für Europa? Baden-Baden: Nomos.
- Coombes, D., 1979: *The Future of the European Parliament*. London: Policy Studies Institute.
- De Swaan, A., 1970: An Empirical Model of Coalition Formation as an N-Person Game of Policy Distance Minimization. S. 424–444 in: S. Groennings/E.W. Kelly/M.A. Leiserson (Hrsg.), *The Study of Coalition Behavior*. New York: Holt, Rinehart & Winston.
- Dexter, L.A., 1970: *Elite and Specialized Interviewing*. Evanston: Northwestern University Press.
- Gresch, N., 1978: *Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG*. Baden-Baden: Nomos.
- Herman, V./Lodge, J., 1978: *The European Parliament and the European Community*. London: Macmillan.
- Hunt, W.H./Crane, W.W./Wahlke, J.C., 1964: Interviewing Political Elites in Cross-Cultural Comparative Research. *American Journal of Sociology* 70: 59–74.
- Leiserson, M.A., 1966: *Coalitions in Politics* (Ph. D. Diss., Yale University). New Haven, Conn.
- Leiserson, M.A., 1970: Power and Ideology in Coalition Behavior. S. 323–335 in: S. Groennings/E.W. Kelly/M.A. Leiserson (Hrsg.), *The Study of Coalition Behavior*. New York: Holt, Rinehart & Winston.
- Pöhle, K., 1979: Neues Parlament mit altem Umfeld. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 10: 525–538.
- Rattinger, H./Elicker, H., 1979: Machtverteilung im Europäischen Parlament vor und nach der Direktwahl. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 10: 216–231.
- Rattinger, H., 1982: Measuring Power in Voting Bodies: Linear Constraints, Spatial Analysis, and a Computer Program. S. 222–231 in: M.J. Holler (Hrsg.), *Power, Voting, and Voting Power*. Würzburg: Physica.
- Reif, K./Schmitt, H./Schubert, K., 1979: Wer sind und was wollen die Deutschen im Europäischen Parla-

- ment? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 10: 232–254.
- Riker, W.H., 1962: *The Theory of Political Coalitions*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Riker, W.H./Ordeshook, P.C., 1973: *An Introduction to Positive Political Theory*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.
- Robinson, J.A., 1960: Survey Interviewing Among Members of Congress. *Public Opinion Quarterly* 24: 127–138.
- Sasse, C., 1975: *Regierungen, Parlamente, Ministerrat*. Bonn: Europa-Union-Verlag.
- Shapley, L.S./Shubik, M., 1954: A Method for Evaluating the Distribution of Power in a Committee System. *American Political Science Review* 48: 787–792.
- Stammen, T., 1977: *Parteien in Europa*. München: Beck.